

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der FWG Walter Wentzien im Stadtrat Altenkirchen für den Nachtragshaushalt 2016/2017

Die FWG-Fraktion wird geschlossen diesem Nachtragshaushaltsplan und somit einer in unseren Augen maßvollen Steuererhöhung zustimmen. Wir machen das, weil wir für unsere Bürger und die Gewerbetreibenden eine zukunftsfähige Stadt erhalten wollen. Eine Erhöhung der Steuer ist für die FWG-Fraktion allerdings nur eine Maßnahme um die Finanzen der Stadt Altenkirchen in den Griff zu bekommen bzw. zu behalten. Wir fordern vehement den Bürgermeister und die in der Verbandsgemeindeverwaltung für uns arbeitenden Mitarbeiter, die Mitarbeiter des Bauhofs, denen ich allen schon jetzt für ihre Bemühungen danke und vor allen Dingen die Ratsmitglieder auf, unsere Forderung nach Einsparungen zu unterstützen. In einer zurückliegenden Diskussion hatte mich der Bürgermeister darauf aufmerksam gemacht, dass ich mich verpflichtet habe für die Stadt einzutreten. Das habe ich auch immer getan. Man kann mir aber nicht verbieten, wenn es um verschiedene Interessen der Stadt und der Bürger geht, abzuwägen was in meinen Augen richtig oder falsch ist. Ich werde immer die Meinung der Bürger, egal ob sie mich gewählt oder nicht gewählt haben, in meine Überlegungen bei Entscheidungen im Ausschuss oder im Rat berücksichtigen. Dies gilt auch für die übrigen Mitglieder der FWG-Fraktion. Aus den nachfolgenden Ausführungen können Sie entnehmen warum wir Maßnahmen fordern, die die Stadt nach vorne bringen könnten und die die Ausgaben mindern würden.

Im Sommer hat uns der Bürgermeister erklärt, warum die Finanzen der Stadt in den Keller gehen. Was in diesem Jahr eingetroffen ist, war eigentlich für das Jahr 2018 eingeplant. U.a. zwangen uns fehlende Steuereinnahmen, sich intensiv in Form einer Finanzklausur des gesamten Stadtrates mit den Finanzen der Stadt zu befassen.

Nun ist die FWG keine Gruppe die sagt, wir erhöhen die Steuern und alles ist in Ordnung. Zu dieser Tagung forderte die FWG schriftlich einige Punkte zu besprechen, die sie schon seit Jahren beschäftigen. Es ging um Verbesserungen der Infrastruktur, um mehr Sicherheit in der Stadt und vor allen Dingen um Sparvorschläge.

Punkt 1 war das Thema Bauplätze in Altenkirchen.

Seit Jahren fordern wir, dass in Altenkirchen Bauplätze u.a. für junge Familien zur Verfügung gestellt werden. Mehrere Male wurden unsere Vorschläge und Anträge abgelehnt. Sowohl die Verwaltung als auch die Ratsmehrheit sagte: Bauplätze brauchen wir nicht. Ein Argument war u.a.: wir haben in Altenkirchen

so viel Baulücken. Das war und ist ein Trugschluss. Die Baulücken sind bis auf wenige Ausnahmen nicht zu kaufen und stehen dem Markt damit nicht zur Verfügung. Einige, die man der FWG genannt hat, sind nicht zu bebauen. Es gibt Lücken, die eine Breite von zehn Metern haben. Wie man auf solch einem Grundstück vernünftig bauen könnte, muss man mir einmal erklären. Kurz und gut. In der Klausurtagung erklärte der Bürgermeister, er habe sich einmal angesehen, wie viel Häuser in den letzten Jahren von alten Menschen auf junge Bürger übertragen wurden. Für ihn eine erstaunliche Zahl, die ihn sicherlich zu einem Sinneswandel veranlasst hat. Er erklärte auf Grund dieser Tatsache, dass die Stadt in Honneroth tätig werden will um Bauplätze anbieten zu können. Genau diese Maßnahme hatte die FWG u.a. seit vielen Jahren immer mal wieder vorgeschlagen. Viele Ratsmitglieder, die das immer wieder abgelehnt haben, werden sicher gleich bei diesem Tagesordnungspunkt zustimmen. Die FWG sieht sich in ihrer Forderung nach Bauplätzen bestätigt. Hoffentlich ist es nicht zu spät. Einige junge Familien, die in Altenkirchen bauen wollten, wohnen jetzt in der näheren Umgebung in ihrem Eigenheim. Wenn wir Plätze hätten anbieten können, wäre unsere Einwohnerzahl wahrscheinlich nicht kontinuierlich nach unten gegangen. Es kann nicht sein, dass Altenkirchen die Infrastruktur auch für die umliegenden Ortschaften schafft und selbst durch die Nichtmöglichkeit des Bauens an Bevölkerung verliert.

Punkt 2: Das Gelände am Güterbahnhof mit dem angrenzenden Betrieb Röhrig

Ein nicht schöner Anblick, wenn man von der Koblenzer Straße in die Stadt geht oder fährt oder von der Bahnhofstraße über die Gleise schaut. Meine Gespräche bei einem Besuch bei der Firma Röhrig haben ergeben, dass man nicht einfach die Wand zwischen Schrottplatz und Bahngleis erhöhen und mit Efeu begrünen kann. Die Bauabteilung will mit der Bahn Kontakt aufnehmen und prüfen ob das Gelände, auf dem das Gleis, das unmittelbar an der Wand neben Röhrig liegt und das von der Bahn nicht mehr genutzt werden kann, für eine Begrünung zur Verfügung steht. Die Firma Röhrig hat mir versprochen, die Schrottberge möglichst nicht mehr so hoch werden zu lassen, so dass die Betrachtung von der Bahnhofstraße aus besser wird. Mit dem Gelände, das an der Koblenzer Straße liegt sollten wir warten, bis die Straße, die sich in einem schlechten Zustand befindet, ausgebaut wird um dann eine vernünftige Lösung für den angrenzenden Platz zu schaffen. Wir sollten aber auch hier mit der Bahn Kontakt aufnehmen um Ansprechpartner zu haben, wenn die Koblenzer Straße ausgebaut wird.

In dem Zusammenhang Straßen gibt es für mich viele Ungereimtheiten. Ein großer Teil der Kreisstraßen ist für mich eine einzige Katastrophe. Der Kreis, der sich jedes Jahr um viele Millionen neu verschuldet, ist nicht in der Lage, seine Straßen auch nur annähernd zu erneuern. Ständiges Flickern ist angesagt, um es

überhaupt zu ermöglichen von A nach B zu kommen. Die Koblenzer Straße, die L 267, von der ich eben gesprochen habe, müsste schon seit Jahren ausgebaut werden. Aber auch bei dieser und anderen Landesstraßen ist nicht die allergrößte Aktivität seitens des Landes bemerkbar. Was Minister Wissmann jetzt angekündigt hat, ist der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Schlimm ist es auch bei den Bundesstraßen. Der Bund stellt erhebliche Mittel für den Ausbau der B 8 bzw. der B 414 für Ortsumgehungen und Anlagen von dritten Fahrspuren zur Verfügung. Das Land ist nicht in der Lage, die Planungen durchzuführen. Zu wenig Personal. Wie wir am Samstag in der RZ gelesen haben, sieht Minister Wissing Handlungsbedarf. Hier gibt es aber einige Irritationen. Wissing spricht von Personal einstellen. Unlängst war von anderer Stelle in Mainz zu hören, dass man 2.000 Stellen abbauen will. Fazit: Trotz riesiger Einnahmen, die von den Verkehrsteilnehmern aufgebracht werden, ist auf großen Teilen der Straßen Chaos angesagt. Ein für die FWG unhaltbarer Zustand. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen der Politiker in Land und Bund helfen uns nicht weiter. Einig ist man sich nur wenn es darum geht, den Kraftfahrern mehr Geld abzunehmen.

Punkt 3: Eine Gefahrenabwehrverordnung für Altenkirchen

Die FWG fordert diese schon seit einiger Zeit. Mit einer Gefahrenabwehrverordnung soll insbesondere bewirkt werden, dass die öffentliche Ordnung auf Straßen und Plätzen aufrecht erhalten wird und Bedrohungen sowie Gefährdungen der Bevölkerung abgewehrt werden. Wie auch in anderen Städten ist in Altenkirchen mit zunehmender Tendenz zu beobachten, dass einzelne Personen oder Personengruppen durch ihr Verhalten die öffentliche Ordnung beeinträchtigen, insbesondere im Bahnhofsbereich und im Parc de Tarbes. Dies geschieht u.a. durch Personen, die in alkoholisiertem Zustand Passanten belästigen bzw. bedrohen. Hierzu zählen auch Personen, die durch aggressives Betteln in der Fußgängerzone Passanten angehen. Unübersehbar sind auch in diesen Stadtbereichen zunehmende Verunreinigungen von Straßen, Plätzen und Grünanlagen durch achtlos weggeworfene Kleinabfälle, Dosen oder Flaschen. In zahlreichen Beschwerden aus verschiedenen Bereichen der Bevölkerung, Handel und Gewerbe sowie konkreten Anzeigen wird immer wieder auf die vorstehend aufgeführten Misstände hingewiesen. Eine Gefahrenabwehrverordnung gilt für alle öffentlichen Straßen, öffentliche Anlagen und öffentliche Einrichtungen im Bereich der Stadt Altenkirchen. Sie würde die Handhabung solcher Vergehen, und das ist wichtig, für Ordnungsamt und Polizei vereinfachen. Der Bürgermeister hat zugesagt dieses Thema in der nächsten Hauptausschusssitzung auf die Tagesordnung zu setzen. Er verweist jedoch darauf, dass die VG-Ordnungsverwaltung dafür zuständig ist, deren Chef er

selbst ja nicht mehr ist. Wenn man auf uns gehört hätte, könnten wir heute schon eine solche Verordnung haben.

Punkt 4: Stadt Altenkirchen/Bauhof Verbandsgemeinde

Der Bauhof der Verbandsgemeinde stellt der Stadt Altenkirchen ca. 820.000 EURO für Arbeiten, die er für die Stadt leistet, in Rechnung. Zu diesem Thema liegt Ihnen, meine Damen und Herren Stadträte, ein Schreiben der FWG an den Bürgermeister vor. Die FWG ist der Meinung, und diese haben wir bei der Finanzklausurtagung deutlich zum Ausdruck gebracht, dass hier das größte Einsparpotenzial für die Stadt liegt. Unter dem Druck der Finanzen müssen sich kommunale Bauhöfe stärker als bisher an wirtschaftlichen Kriterien ausrichten. Wir haben vorgeschlagen, dass sich die Verantwortlichen des Bauhofs überlegen, wie sie ihre Arbeiten für die Stadt besser organisieren und effektiver gestalten könnten. Überlegen sollten sie auch, welche Leistungen man einschränken könnte, ohne dass es zu gravierenden Änderungen im Stadtbild kommt. Der Winterdienst ist hiervon ausgeschlossen. Dass es bei einer angestrebten Reduzierung der Kosten, die FWG stellt sich ca. 15% vor, zu Einschränkungen kommen kann, ist uns klar. Das ist aber nicht zwingend notwendig. Sollten diese Überlegungen zu keinem Ergebnis führen, sollten wir uns von Privatunternehmen Angebote machen lassen. Die FWG denkt dabei an einzelne einfache Arbeiten wie z.B. Unterhaltung Ökoflächen, Regenrückhaltebecken, große Mähflächen, Laub entfernen, Müll entsorgen und Baumfällen.

Was private Spezialfirmen für günstige Angebote machen können, sehen wir am Lärmschutzwall in Honneroth. Jahrelang forderte die FWG, die hohen Bäume auf dem Wall zu entfernen, damit die Anwohner entlang des Walls in Honneroth 1 und 2 mehr Sonnenlicht auf ihren Grundstücken haben. Nach Widerständen sind wir heute so weit, dass ein Anfang gemacht werden soll. Die Widerstände entstanden auch sicher deshalb, weil man enorm hohe Kosten befürchtete. Bei einer Begehung vor ein paar Monaten konnte ich mitteilen, dass ein Spezialbetrieb, den ich ausfindig gemacht hatte, alle hohen Bäume (700-800 Stück) für 6.000 EURO plus MwSt entfernen würde. Man war erstaunt. Nachdem man bei dieser Begehung festgelegt hatte alle hohen Bäume wegzunehmen und alle 50 bis 70 Meter eine Gruppe stehen zu lassen (Frau Hillmer-Spahr kann das bestätigen) hat man sich am 02.12. bei einer weiteren Begehung nur auf eine Ausdünnung der hohen Bäume geeinigt. Das ist nicht im Sinn der FWG und nicht im Sinn der Anwohner. Aber der Vertreter der Landespflege aus der Kreisverwaltung war nicht dazu zu bewegen, mehr zuzulassen. Wir müssen uns mit dem Ergebnis abfinden. Uns wurde zugesagt den Wall in der Zukunft besser im Auge zu behalten und in den nächsten Jahren weitere notwendige Maßnahmen folgen zu lassen. Die jetzige Maßnahme soll

5.500 EURO plus MwSt kosten und ist sicher ein günstiges Angebot. Der Bauhof könnte die Rodung auch vornehmen. Da er aber nicht die Spezialisten und vor allen Dingen Geräte dafür hat müsste er ein Vielfaches für diese Maßnahme berechnen.

Auch bei Planungen von Neuanlagen sollten wir verstärkt auf Folgekosten achten. Bei der Planung für die Begrünung am Schlossweg hat die FWG immer darum gebeten, einfache Materialien zu verwenden und nicht zu viel zu pflanzen. Wir konnten uns nicht durchsetzen. Es wurden sehr pflegebedürftige Pflanzen in viel zu großer Anzahl gepflanzt. Das Ergebnis sehen wir heute. Ein in unseren Augen großer Pflegeaufwand ist nötig, um die Anlage in Ordnung zu halten. Weniger wäre mehr gewesen.

Es ist uns eine Herzensangelegenheit, die Stadt nicht verkommen zu lassen. Es ist jedoch auch unsere Pflicht darauf zu achten, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Gerade bei anstehenden Steuererhöhungen ist es wichtig, auch an das Sparen zu denken.

Ich verweise auf meine Aussage in der Klausurtagung, dass, wenn bei Unternehmen bzw. Privatpersonen die Einnahmen geringer werden, diese gezwungen sind, die Ausgaben ebenfalls zu reduzieren.

Zu der immer wieder von dem ein oder anderen Ratsmitglied getätigten Aussage wie schön unsere Stadt ist, möchte ich Folgendes bemerken: Das ständige Loben für die Arbeiten, die der Bauhof für die Stadt leistet, finde ich in diesem Maße überzogen. Schließlich wird er dafür nicht unerheblich entlohnt. Sie sagen ja auch nicht, wenn Sie Brötchen oder Brot kaufen, vielen Dank lieber Bäcker, dass Sie wieder so leckere Brötchen oder Brot gebacken haben. Sie machen das ja ganz toll. Nein, die Menschen zahlen die Brötchen und denken u.U.: Mensch, der Bäcker ist schon wieder teurer geworden. Und weiter denken Sie: Miete, Strom, Heizung, Wasser, Abwasser, Steuern der verschiedensten Arten, Versicherung und Müll sind auch schon wieder teurer geworden. Auf die zuletzt genannten Verteuerungen haben Sie gar keinen Einfluss. Diese Kosten und Abgaben werden zum großen Teil von der Politik bestimmt. In Sachen Brötchen erinnern Sie sich an ein Gespräch mit Bekannten die Ihnen erzählt haben, ich kaufe meine Brötchen jetzt beim Bäcker X, der ist günstiger als der, bei dem ich sie bisher gekauft habe und ist genauso gut.

Aber zurück zum Bauhof. Allein die Wechselbepflanzung der in der Aufstellung aufgeführten Beete kostet die Stadt ca. 30.000 EURO pro Jahr. Die FWG erfreut sich genauso wie alle anderen an den schönen Beeten, die jährlich von Mitarbeitern des Bauhofs in der Stadt bepflanzt werden. Die Ratsmitglieder der FWG und speziell meine Person, haben schon mehr als 35 Jahre immer dafür

gesorgt, dass die finanziellen Mittel dafür vorhanden waren. Ganze Fraktionen bzw. einzelne Ratsmitglieder, die immer wieder von den Leistungen des Bauhofs reden, haben in der Vergangenheit durch ihr Abstimmungsverhalten die finanziellen Mittel immer mal wieder in Frage gestellt.

Der Bürgermeister hat der FWG zugesagt, dass sich die zuständigen Mitarbeiter des Bauhofs über die Kosten Gedanken machen und uns diese dann präsentieren. Er redet dabei immer von Leistungen abschaffen oder reduzieren. Was ich nicht von ihm gehört habe ist, dass wir u.U. auch andere Firmen, die günstiger als der Bauhof arbeiten, einsetzen könnten. Wenn ich von vornherein sage, wir können maximal nur 50 -100.000 EURO sparen, finde ich die Aussage nicht zielführend.

Ich möchte Ihnen nach dem Beispiel mit dem Bäcker noch etwas zum besseren Verständnis zum Verhältnis Bauhof/Stadt sagen. Der Bauhof ist in den Augen der FWG ein Lieferant, der die Stadt gegen Bezahlung bedient. Die Stadt ist Kunde. Ich persönlich war lange Vertreter eines Lieferanten. Jeden Tag hörte ich von Kunden etwas anderes. Einmal klappte die Belieferung nicht, dann war niemand am Telefon zu erreichen und am häufigsten wurde mir gesagt, ihr seid zu teuer. Andere sind günstiger. Jeden Tag musste ich mir zusammen mit meiner Firma Gedanken machen, wie wir besser werden, um den Forderungen der Kunden gerecht zu werden. Wir mussten uns bewegen. Meine Firma und ich haben fast immer eine Lösung gefunden und haben uns mit dem Kunden geeinigt. Bis dato war unser Stadt- und Verbandsbürgermeister also Chef der Kundenfirma und gleichzeitig Chef der Lieferantenfirma. Er stand damit nach unserer Meinung in einem Interessenkonflikt. Jetzt hat sich die Situation geändert. Hoffentlich sieht er das auch so und vertritt die Interessen der Stadt als Kunde gegenüber dem Lieferanten Bauhof so wie es in der freien Wirtschaft üblich ist. Das heißt: Sollten die Vorschläge des Bauhofs nicht zu einer deutlichen Kostensenkung führen, müssen wir uns im Rat Gedanken machen, wie wir weiter verfahren. Sie alle haben die Aufstellung des Bauhofs wie hoch die Einzelposten, die zusammen 820.000 EURO ausmachen. Unser Ziel muss sein, diese enorm hohe Summe, wie ich eben schon einmal erwähnt habe, um 15%, das sind ca. 120.000 EURO, zu senken.

Der Bauhof kann nicht über die Finanzen der Stadt bestimmen. 68 Daueraufträge, die der Bauhof von der Stadt für Arbeiten erhalten hat, können wir nicht akzeptieren. Die Stadt muss Herr über ihre finanziellen Mittel bleiben. Wir möchten, dass der Bauhof existenzfähig bleibt. Wenn es aber nicht anders geht, müssen spezielle Arbeiten Andere machen, die es günstiger können. Ich habe im Dezember 2015 in meiner Haushaltsrede Folgendes zum Abschluss über das Thema „Arbeiten vom Bauhof der Verbandsgemeinde für die Stadt Altenkirchen“ gesagt: Es darf kein Tabu sein, den Bauhof etwas weniger zu

bestellen und zu beschäftigen, was zu einer Kostenreduzierung führen wird. Zu diesem Satz steht die FWG heute mehr denn je.

Als Letztes zum Thema Bauhof: An der Ecke Leuzbacher Weg/Auf dem Eichelchen wurde eine Fläche mit pflegeaufwendigen Büschen in eine Rasen/Wiesenfläche umgewandelt. Zwei Anwohner mähen diese Fläche mit. Beide Anwohner bestätigen mir, dass trotz ihres Mähens der Bauhof auch gemäht hat, obwohl es in ihren Augen nicht nötig war. Wenn dem so ist, brauchen wir einen Vorschlag aus dem Rat, noch einmal zu versuchen Bürger zu finden, die öffentliche Flächen mit pflegen, nicht weiter zu verfolgen. Das Vorgehen des Bauhofs ist nicht zu akzeptieren.

Als fünften Punkt hatte die FWG um eine Aufstellung über die Baukosten des Tennishauses und deren Verteilung auf die Kostenträger gebeten. Die Aufstellung haben wir erhalten. Es darf nie mehr vorkommen, dass bei Bauvorhaben, die zum großen Teil oder gänzlich von der Stadt bezahlt werden, solch unvorstellbar hohe Verteuerungen eintreten. Die Entschuldigung der Verwaltung haben wir angenommen. Unabhängig davon, dass ein Trockenbauer in ein neues fertiges Haus eine neue Wand und Tür für einen anscheinend beim Bau vergessenen Raum eingebaut hat, ist dieser Neu- bzw. Umbau der größte Flop an baulichen Tätigkeiten seit dem Bau der Stadthalle vor ca. 40 Jahren.

Nachdem ich ausgiebig über die Punkte gesprochen habe, die die FWG-Fraktion in der Klausurtagung angesprochen hatte, möchte ich noch kurz ein paar andere Themen ansprechen.

Die Veränderungssperre, die wir für das Gebiet Kölner Straße, Wiedstraße und Ziegelweg verhängt haben, war notwendig um unkontrolliertes Bauen in diesem Gebiet kurzfristig zu verhindern. Wir können nun einen Bebauungsplan erstellen, der ein vernünftiges Baukonzept und vor allen Dingen eine vernünftige und sinnvolle Verkehrsführung beinhaltet. Der Bericht in der RZ vor der letzten Bauausschusssitzung, der uns sinngemäß unterstellt, wir würden Firmen, die in Altenkirchen investieren wollen, verhindern, war nicht korrekt.

Am 02.12.2016 hatte der Bürgermeister eingeladen, sich Teile des Stadtwaldes anzusehen. Unser Förster Berthold Kölbach hatte einige interessante Informationen für uns. Der Wald wird in vielen Augen als Erholungswald gesehen und entwickelt sich zum großen Teil durch Naturverjüngungen. Die jahrelange Auffassung, wenn wir jedes Jahr mit Plus / Minus null aus der Waldbewirtschaftung rauskommen ist das o.k., sieht die FWG mittlerweile etwas anders. Es gibt einige schöne Baumbestände. Holz ist wertvoll und relativ

teuer. Man sollte versuchen auch einmal Jahre dabei zu haben, in denen ein Plus erwirtschaftet wird. Die Begehung war gut und aufschlussreich. Wenn man allerdings das Interesse der Ratsmitglieder betrachtet muss man überlegen, ob man das in dieser Form fortführt. Ganze fünf Ratsmitglieder nahmen teil. Ein großer Teil hatte es noch nicht einmal für nötig befunden, sich abzumelden. Die hervorragende Gulaschsuppe, die in großer Menge bei der abschließenden Besprechung im Schützenhaus zur Verfügung stand, kann sich der Bürgermeister dann in Zukunft sparen.

Und wenn ich einmal bei Teilnahmen an Veranstaltungen und Sitzungen bin, möchte ich noch Folgendes bemerken: Nicht jedes Ratsmitglied hat immer Zeit, an den Sitzungen teilzunehmen. Wenn allerdings jedes Ratsmitglied mehrere Stellvertreter in den Ausschüssen hat müsste es doch möglich sein, dass bei Sitzungen der Ausschüsse diese komplett besetzt sind. Was sich da in letzter Zeit tut, ist beschämend. Wir sind vom Bürger gewählt, um seine Interessen und die der Stadt zu vertreten.

Meine Damen und Herren, da Weihnachten vor der Tür steht möchte ich mit dem Engel auf dem Friedhof meine Ausführungen beenden. Den Engel sollten wir in dem jetzigen Zustand belassen. Wir sollten keine 1.000 EURO ausgeben wenn wir nicht sicher sind, dass das Umsetzen auf den alten Sockel überhaupt möglich ist und 6.000 EURO für einen neuen Sockel möchten wir auch nicht investieren.

Meine Damen und Herren von der Verwaltung, ich bedanke mich auch im Namen meiner Fraktion bei Ihnen für die gute Zusammenarbeit und die Bereitschaft uns immer Auskunft zu geben. Bitten möchte ich Sie, dass wir auch weiterhin so miteinander arbeiten können, auch wenn der Stadtbürgermeister nicht mehr Verbandsbürgermeister ist. Ebenfalls bedanke ich mich bei allen Ratskolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit.

Liebe Anwesende, ich möchte Ihnen persönlich und im Namen meiner FWG-Kollegin und Kollegen ein friedliches und frohes Weihnachtsfest und uns allen gute Gesundheit und ein erfolgreiches Jahr 2017 wünschen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.